

Wir brauchen keinen Wolf

Almbauern, Schafhalter und Alpwirtschaft in Deutschland und Europa fordern wolfsfreie Zonen und Herabsenkung des Schutzstatus im Anhang der FFH-Richtlinie. Ihre Vertreter reisten nach Brüssel zur einer Konferenz über „Auswirkungen der Rückkehr großer Beutegreifer auf die alpine Landschaft“. Auf Einladung der Europaabgeordneten Ulrike Müller und Herbert Dorfmann fand in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union die Tagung statt.

Anlass besteht: ca. 300 Wölfe gibt es derzeit schon in Deutschland und der Bedarf, einen richtigen Umgang damit zu finden wird immer größer. Noch erbringt die Landwirtschaft im Alpenraum „unglaublich viele Naturschutzleistungen“. In Bayern liegen 6 % der Landesfläche im Hochgebirge, dort leben 77% aller Tier und Pflanzenarten, entstanden und gefördert durch umwelt- und tierfreundliche Formen der extensiven Weidehaltung. Zöge sich die Landwirtschaft in diesen Regionen aufgrund des Wolfes zurück, wäre auch die Artenvielfalt bedroht: „Hier gilt es die Interessen genau abzuwägen“, betonte **Ulrike Müller**.

Eine Studie der Alpenkonvention zeigt, da wo Landwirtschaftspolitik versagt, sind auch die Menschen weg. „Diese Entwicklungen sind im Alpenraum bereits heute besorgniserregend“, betont Parlamentskollege **Herbert Dorfmann**. Die Wölfe stellen die Gesellschaft vor die Frage, „was wollen wir? Ausschließlich Wolfsschutz und Wildnis oder auch Nutzen und Kulturlandschaft?“ Was den Alpenraum betrifft, da wollen große Bevölkerungsschichten das erstere, zeigte sich Dorfmann skeptisch.

Christian Köpl vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zeigte die Schere zwischen den unterschiedlichen Sichtweisen auf und betonte, im Dialog müssten alle Seiten gehört werden, auch die der Schafhalter und Bergbauern. Es dürfe keine Denkverbote geben auch im Hinblick auf Entnahmemöglichkeiten und auf wolfsfreie Gebiete. Diese Forderung sei kein Aufruf zu illegalen Handlungen, sondern die Forderung nach Diskussion und Klärung im Rahmen eines seriösen Wildtiermanagementprozesses. Zu Schadensausgleich und Prävention stellte er klar, dass die Kosten für die Rückkehr der Großen Beutegreifer – auch die Kosten des Herdenschutzes - nicht den Tierhaltern aufgebürdet werden dürfen. Hier müsse die Gesellschaft bereit sein, die zusätzlich erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Gefühl einer ständigen Bedrohung

Brigitta Regauer, als betroffene Almbäuerin, machte die Positionen der bayerischen Weidetierhalter deutlich. Sie bewirtschaftet einen Betrieb mit 20 Milchkühen, 46 Jungvieh und 20-30 (seltenen) Bergschafen sowie die Wildfeldalm in einem Naturschutz- und FFH-Gebiet. „Wir betreiben damit eine absolut artgerechte Tierhaltung und produzieren gesunde Lebensmittel.“ In einem leidenschaftlich vorgetragenen Plädoyer sprach sie sich vehement gegen eine Glorifizierung dieses Raubtieres aus, „Das sind nicht die besseren Menschen“. Aus der persönlichen Betroffenheit heraus, machte sie überzeugend deutlich, welche Herausforderung die Anwesenheit von Wölfen für die Familien bedeutet, die in den Bergen unter sehr großem Arbeitseinsatz bei sehr kleinteiligen Strukturen (da lohnt sich die Anschaffung teurer Herdenschutzhunde nicht) ihr bescheidenes Einkommen erwirtschaften. „Die kleinste Unregelmäßigkeit bei den Tieren versetzte uns in Alarmstimmung. Die Kinder mal eben zum Vieh schauen lassen geht kaum mehr. Wir lebten in einem Gefühl der ständigen Bedrohung.“ Gibt es Risschäden wird nur der Fleischwert ersetzt, bei Abstürzen gibt es nichts. Die Absturzquote im Wolfsrevier bei den Rindern und Kälbern war um 30% höher als in anderen

Almsommern. Auch der erhöhte Arbeitsaufwand wird nicht ausgeglichen. Die Rinder waren sehr schlecht handelbar und unruhig, sie waren vermehrt aggressiv und kamen magerer ins Tal.

In Bezug auf mögliche Handlungsoptionen im Bereich des Herdenschutzes machte Regauer deutlich, wie aufwändig und kostspielig deren Umsetzung im Detail dann wirklich ist. Dabei würden negative Effekte beim Tierwohl, beim Umwelt- und Naturschutz billigend in Kauf genommen. Insbesondere die Arbeit mit Herdenschutzhunden stellt sich so mancher einfacher und wirksamer vor als es tatsächlich ist. Regauer hatte ihre Tiere für ein Herdenschutzprojekt der LfU zur Verfügung gestellt. Doch „alle Bedenken, die wir VORHER beim Herdenschutz in den extensiven Weidegebieten mit schwierigem Gelände hatten wurden nicht ausgeräumt, im Gegenteil sogar bestätigt und noch vermehrt. Funktionierender Herdenschutz ist in unserer kleinteiligen Bewirtschaftungsweise und Betriebsgröße weder finanziell noch personell zu stemmen.“

Mit Nachdruck forderte Regauer für die Alm- und Alpwirtschaft daher die Einrichtung einer sogenannten „wolfsfreien Zone“, einer „No go – Area“ im gesamten deutschen Alpenraum/Berggebiet, im Sinne einer besseren Regulierung eine Zurückstufung des Wolfes in den FFH-Richtlinien. „Außerdem möchten wir, dass auch hier global bzw. europäisch gedacht wird und man nicht in Kleinstaaterei zurückfällt – der Wolf ist weltweit nicht vom Aussterben bedroht!“

Zuwanderung - ein gutes Zeichen ?

Demgegenüber verkündet **Gerhard Adams**, vom Fachreferat für Artenschutz am Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, es wäre aus Sicht des Artenschutzes zunächst „ein gutes Zeichen“, wenn der Wolf wieder zuwandere. In Deutschland gab es in der Saison 2014/2015 offiziell 31 Rudel, acht Paare und sechs Einzeltiere.

Wölfe, die der Bevölkerung Probleme bereiten, wären oftmals durch die Menschen angelockt worden. Sie seien „habituiert“, wie der so genannte Wanderwolf in Niedersachsen. Auch wolfsähnliche Hunde würden oftmals Nutztiere attackieren und trügen so zur Verunsicherung bei. Ein lästiger Konkurrent sei der Wolf auch für die Jagd, denn das Wild wird bei Wolfspräsenz heimlicher. Doch ihn illegal zu töten, ist wohl niemandem zu raten, darauf stehen 5 Jahre Gefängnis.

Nach dem letzten FFH-Bericht der Bundesregierung bestünde für den Wolf in Deutschland noch immer eine „ungünstige Erhaltungssituation“. Daher müsse er weiterhin strengstens geschützt bleiben, „genauso wie Ihre schönen Alpenblumen“. Da er sich von der Ausrottung früherer Zeiten noch nicht erholt habe, besteht für Adams „überhaupt“ keine Veranlassung, den Wolf für Deutschland aus dem Anhang IV der FFH Richtlinie herauszunehmen und ihn in Anhang V zu stellen. Das hätte zur Folge, dass er zwar immer noch geschützt wäre, aber dann unter gewissen Umständen gezielt „entnommen“, werden dürfte. Eine Änderung des FFH-Regelwerks hatte der EU-Umweltministerrat, in dem Umweltministerin Hendricks sitzt, erst bei seiner letzten Sitzung zur Halbzeitbewertung der EU-Biodiversitätsstrategie am 16.12.2015 abgelehnt und eine verbesserte Umsetzung gefordert.

Mit Bezug auf die geschädigten Schafhalter und Alm und Bergbauern gibt sich Adam vergleichsweise optimistisch. Der Naturschutz sei auf diese extensive Form der Tierhaltung auch in Zukunft angewiesen. Die Lösung sieht er jedoch vor allem in einem besseren Herdenschutz, auch im Alpengebiet, wofür es gute Beispiele aus der Schweiz gäbe. Der FFH-Grundsatz lautet, dass eine Tötung nur im Ausnahmefall erfolgen darf und nur, „wenn es keine anderen zufriedenstellenden

Lösungen“ gibt. Dies gilt es erst einmal abzu prüfen. Durchwandernde Tiere werden sich wohl immer wieder an ungeschützten Herden schadlos halten. Da, meint Adam, nütze auch ein Abschuss nicht viel. Bei sesshaften Wölfen müssten hingegen Erfahrungen der Schweiz erst noch zeigen, inwieweit sie auf bayerische Verhältnisse übertragen werden könnten. Eine klare Absage erteilte er der Forderung der Alm- und Alpwirtschaftlichen Verbände nach wolfsfreien Zonen in Weidegebieten, da dies nicht mit dem EU-Recht vereinbar sei.

Durch die Lappen gegangen

Im schweizerischen Graubünden arbeitet man seit einigen Jahren schon am Herdenschutz. **Jan Boner** vom landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof machte deutlich, wie erfolglos Herdenschutz sein kann, „weil wir es am Anfang nicht richtig gemacht haben.“ Mit Schutzzäunen im Berggebiet kommt man kaum richtig zurecht, auch nicht mit angeblich abschreckenden Lappenzäunen, „da geht der Wolf einfach hindurch.“ Lediglich gut ausgebildete Herdenschutzhunde böten gegenüber einer ungeschützten Schafsherde einen besseren, jedoch keinen 100%igen, Schutz. Die Hunde seien aber von ihrer Rasse-Eignung her sehr unterschiedlich und die richtige Erziehung ist eine anspruchsvolle Aufgabe für Profis.

Johann Georg Höllbacher, Projektleiter der Nationalen Beratungsstelle Herdenschutz in Österreich zog auch ein skeptisches Fazit. In zwei Projekten wurden verschiedene Zaunsysteme und auch die Arbeit mit Herdenschutzhunden getestet. Diese seien in dörflicher Umgebung während des Winters kaum zumutbar gewesen, wegen ihres ständigen Gebells. Zudem sei schon ein Wanderer gebissen worden. Allerdings böten sie auch seiner Meinung nach noch den besten Schutz.

Kein friedliches Nebeneinander möglich

Dass selbst Herdenschutzhunde nichts mehr ausrichten können, wenn erst einmal erfahrene Rudel auf die Jagd gehen, machte Jean **Pierre Royannez** deutlich, Präsident des Französischen Landwirtschaftsverbands der Region Rhône-Alpes. In Frankreich wurden letztes Jahr über 2300 Schadensfälle gemeldet, mit über 9000 getöteten Schafen. Frankreich hatte letztes Jahr einen Versuch gestartet, den FFH-Schutzstatus für sich herabzusetzen. Ca. 10% der Wolfspopulation werden entnommen, im abgelaufenen Jagdjahr sind es 36 Stück. Trotz dieser auch in der Vergangenheit schon praktizierten Entnahmen, nahm die Zahl der Wölfe seit Beginn der Jahrtausendwende stetig zu. Mittlerweile sind es ca. 350 Stück, 1/3 von Frankreich (19 Departements) sei von den Wölfen „besetzt“, und die Schäden steigen Jahr für Jahr weiter an. Der Staat wendete in 2014/15 über 18,6 Mio. Euro für Schutzmaßnahmen auf, das ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 53%. Hinzu kommen weitere drei Millionen für Hilfskredite und Entschädigungszahlungen. Geld, das man vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krisen bei Europas Landwirten auch anders sinnvoller verwenden könnte, meinte Royannez. Seine Lehre aus 20 Jahren Wolfserfahrung: „Ein friedliches Nebeneinander von Mensch und Wolf kann nicht funktionieren.“

Wertschöpfung durch Raubtiere?

Andreas Agreiter, Geschäftsführender Amtsdirektor, Amt für Jagd und Fischerei, Autonome Provinz Bozen, kommt zu einer ähnlichen Einschätzung in Bezug auf Wölfe, doch hat er es „nur“ mit Bären zu tun. Der genießt vor allem bei der städtischen Bevölkerung (noch) eine große Sympathie. Im Brentagebiet wurden im Rahmen des Projekts Live Urses seit 1999 insg. 9 Bären künstlich

wiederangesiedelt, seither wuchs die Population auf über 40 Individuen an. Die männlichen Tiere durchstreifen bei ihren Wanderungen ein riesiges Gebiet über 13000 km² und manche kehren auch wieder nach Slowenien zurück. Eine Einsatzgruppe regelt die Schutzmaßnahmen und klärt Entschädigungsfragen. Hierbei sei die Koordination mit vielen Stellen erforderlich und die Betroffenen müssten immer eingebunden werden. Hunde sollen Bären vertreiben, die den Alpen zu nahe kommen. Und muss einmal ein Bär geschossen werden, weil er gefährlich wurde, dann geht das, wenn überhaupt, nur mit extremen Aufwand: „dann müssen wir wieder mit Rom verhandeln“, von wegen autonome Region! Immerhin sieht Agreiter in der Bärenanwesenheit auch eine Chance: Die Wertschöpfung durch den Tourismus (Bear Watching) sei nach seinem Empfinden durchaus bedeutend, vor allem auch für die Inwertsetzung almwirtschaftlicher Produkte.

Wo bleibt der Aufschrei bei der Bevölkerung?

Als letzter Redner erläuterte **Mihail Dumitru**, stellv. Generalsekretär der Generaldirektion Landwirtschaft, die Sicht der EU. Das Ziel sei der Schutz der Großen Beutegreifer in Koexistenz mit der Landwirtschaft, wofür es in seiner Heimat Rumänien auch zahlreiche Beispiele gäbe. Konflikte durch diese Tiere „von gemeinschaftlichem Interesse“ bedürften freilich klarer Regeln, dann sei auch eine Koexistenz möglich, vorausgesetzt es werden von Länderseite auch die passenden Maßnahmen ergriffen. Seitens der EU stünden hierbei die ELER Mittel, also Gelder der ländlichen Entwicklung zur Verfügung, welche die Mitgliedstaaten allerdings kofinanzieren müssten. Mitgliedsstaaten, in Deutschland die Bundesländer, könnten auch von der Deminimis-Regelung Gebrauch machen, wenn sie auf eine Notifizierung ihrer Programme lieber verzichten wollen.

In der anschließenden Diskussion verwies AVO-Vorstand **Georg Mair** noch einmal auf die erschreckenden Ergebnisse aus Frankreich, die auch den Tierschützern nicht egal sein dürfen. Angesichts dieser vielen qualvoll gestorbenen Schafe vermisst er einen deutlichen Aufschrei aus der Bevölkerung.

Doch genau das sieht das Umweltministerium scheinbar anders. Adam: „Die Top-Prädatoren [damit sind die Raubtiere gemeint] waren schon vor den Viehzüchtern da.“ Und Dumitru legt noch eins drauf: Er kenne sogar Bauern, die das als normales Opfer an die Natur sähen, wenn einmal ein Schaf fehlt, das sei der Preis für die Biodiversität.

Wir sind doch nicht Bauern, damit die Wölfe was zu fressen haben!

Alfred Enderle vom Bayerischen Bauernverband forderte, die entstehenden Tierverluste erstens voll zu entschädigen, nicht nur zu 80% und dabei auch ihren Zuchtwert zu berücksichtigen, zweitens die Agrargelder hierdurch nicht zu belasten. Rupert Quehenberger von der Bezirksbauernkammer Hallein erinnerte, dass Wölfe in Europa keineswegs vom Aussterben bedroht seien. Geschützt sind sie per Verordnung. Dies ginge vor allem zu Lasten der kleinen Betriebe. Sie könnten sich die teuren Maßnahmen und den großen Mehraufwand nicht leisten, und in Tourismusregionen machen große, hohe Zäune und Herdenschutzhunde nichts als Probleme. Ähnlich sieht dies Stefan Wöll von den Rosenheimer Schafhaltern. Gerade die vielfachen, von der Gesellschaft gewünschten positiven Leistungen der Schäfer und Äpler werden in dieser Diskussion nicht richtig gewürdigt. „Wir brauchen richtige Entschädigung, Unterstützung bei der Vorsorge und Rechtssicherheit.“

Angesichts der geradezu naiven Haltung der Politik gegenüber der Leidensfähigkeit der Schaf- und Bergbauern platzte es zu guter Letzt auch aus Josef Glatz heraus, dem 2. Vorsitzenden des AVO:

„Früher, da hätten die Hirten ihre Herden wenigstens noch verteidigen dürfen!“ Dabei leiste die Weidewirtschaft so viel für den Naturschutz. „Wir sind doch nicht Bauern, damit die Wölfe was zu fressen haben!“

Auch wenn die Meinungen derzeit noch weit auseinanderklaffen, ist mit diesem ersten Treffen auf Brüsseler Boden zu diesem kontroversen Thema ein wichtiger Schritt getan. Jetzt heißt es am Ball bleiben und den wolfsbefürwortenden Entscheidungsträgern die Alpwirtschaft einmal vor Ort näher zu bringen.

Dr. Michael Honisch